

Titelbild: L.A. Keuck

20 Jahre Netzwerkstellen in Ostberlin

In diesem Jahr feiern vier Netzwerkstellen im Berliner Osten ihr Jubiläum: 20 Jahre engagiert vor Ort gegen extreme Rechte und Rassismus und für eine menschenrechtsorientierte Kultur. Das nehmen wir zum Anlass einen Blick auf die Entwicklungen und Herausforderungen in diesem Arbeitsfeld zu werfen.

Von Annika Eckel (Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke)

Wollen Sie daraus nicht einen Antrag für eine Netzwerkstelle machen?«, fragte uns die Antragsberaterin Anfang 2002. »Für Pankow liegt uns noch keiner vor. Antragsfrist ist in einer Woche.« Eigentlich wollten wir, die damalige Geschäftsführerin der Pfefferwerkstadtkultur und ich, nur ein halbjährliches Erinnerungsprojekt mit Zeitzeug*innen der Gedenkstätte Sachsenhausen beantragen.

Das neue Bundesprogramm »CIVITAS-Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern« wollte mit den Netzwerkstellen ein weiteres Strukturprojekt fördern. Ein Jahr zuvor hatten die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und die Opferberatungsstellen ihre Arbeit aufgenommen. Nun sollten die Netzwerkstellen deren Arbeit um einen lokalen Fokus ergänzen. Um zivilgesellschaftliche Strukturen im Gemeinwesen zu stärken und modellhaft weiterzuentwickeln, wie es in den Leitlinien hieß.

Einige Monate später gab es die Netzwerkstellen in Pankow, Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und eine Zeitlang in Friedrichshain: Fünf Menschen bei fünf unterschiedlichen Trägern, mit unterschiedlichen Qualifikationen und mit dem Auftrag, »den Rechtsextremismus zurückzudrängen«.

Das damalige Bundesprogramm (von 2001 bis 2006) beschränkte sich auf die sogenannten neuen Bundesländer und damit auch auf die Ostberliner Bezirke. Man fokussierte das Problem mit extrem rechten Aktivist*innen und Strukturen auf Ostdeutschland, während Ereignisse im Westen außer Acht gelassen wurden. Im Osten fehlte laut Bundesprogramm vermeintlich eine Zivilgesellschaft, die sich für eine demokratische Kultur starkmachte. Es folgten in den kommenden 20 Jahren weitere Bundesprogramme, die sich irgendwann auch auf das ganze Bundesgebiet bezogen. Im Abschlussbericht für das Bundesprogramm CIVITAS 2006 heißt es:

»Resümierend lässt sich festhalten, dass es den Strukturprojekten gelungen ist, neue Wege in der Auseinandersetzung mit dem komplexen Problemzusammenhang von fremdenfeindlichen Mentalitäten [sic!] und rechtsextremen Erscheinungen zu entwickeln und zu erproben. Insbesondere leisteten diese Projekte eine intensive Sensibilisierungsarbeit in den Kommunen.«

Die große Klammer der Bundesprogramme blieb stets: demokratisches Engagement fördern, Netzwerke aufbauen, für menschenverachtende Ideologien sensibilisieren und eine diverse Gesellschaft stärken. Menschen aus anderen Ländern, denen wir unsere Arbeit vorstellen, sind meist ganz überrascht ob der staatlichen Förderung solchen Engagements. Diese Förderstrukturen haben viel wichtige Arbeit geleistet, sei es bei den Protesten gegen extrem rechte Events, bei der Beratung von Betroffenen rechter Gewalt oder dem Empowerment gesellschaftlich marginalisierter Gruppen. Die in den Bundesprogrammen gewachsenen Projekte haben öffentliche Diskurse geprägt, kommunal, landes- und bundesweit.

Zugleich gibt es auch immer wieder Kritik auf unterschiedlichen Ebenen. So haben Wissenschaftler*innen und Fachprojekte auf die Gefahr hingewiesen, dass unterschiedliche Formen des Extremismus gleichgesetzt würden. So werde deren unterschiedliche Relevanz in Deutschland verwischt und der Blick auf den sogenannten »Rassismus der Mitte« verstellt. Engagierte aus Vereinen und Zivilgesellschaft kritisierten vor einigen Jahren, dass bei den Partnerschaften für Demokratie Mittel direkt an Kommunen gegeben werden, während diese ja selbst immer wieder das Problem mit extrem rechten Erscheinungsformen oder Rassismus abtun oder die AfD in Regierungsgremien vertreten ist.

Arbeitest du noch? Oder engagierst du dich schon?

Problematisiert wurden von den Projektträgern und Mitarbeitenden im Laufe der Jahre wiederholt die Arbeitsbedingungen. Vor allem zu Beginn der Bundesprogramme gab es jeweils nur eine jährliche

Förderzusage und die Gelder kamen eher im März als im Januar. Das bedeutete, dass die Träger – nicht nur der Netzwerkstellen – Gehälter vorstrecken mussten. Konnten sie das nicht, mussten die Mitarbeitenden sich zumindest für die ersten Monate des Jahres arbeitslos melden. Es gibt keine tarifliche Festlegung für die Mitarbeitenden der Netzwerk- oder Koordinierungsstellen – immer wieder müssen Träger um die Einstufung ihrer langjährigen Mitarbeiter*innen ringen.

In der Auswertung des CIVITAS-Programms wird eine »Überpolitisierung« der Mitarbeitenden in den Strukturprojekten kritisiert. Gemeint ist eine Vermischung von persönlichem Engagement mit »berufsbezogenen Aufträgen«. Wenn wir ehrlich sind, würden die Bundesprogramme ohne dieses Engagement gar nicht funktionieren – weder damals noch heute: Zivilgesellschaftliche Bündnisse treffen sich eben meist nach Feierabend und Nazis protestieren gerne am Wochenende. Und die Unterstützung nach einem rassistischen Angriff braucht es zeitnah und nicht nur zu Bürozeiten. Dass Mitarbeitende auch mal einen Monat auf das Gehalt warten, sich abendlich weiterbilden zu anti-schwarzem Rassismus oder den Strukturen der lokalen Naziszene, gehört quasi zum Berufsbild dazu. Sicherlich braucht es klare Rollen der Mitarbeitenden – wie in allen Arbeitsfeldern. Es braucht aber eben auch Menschen, die selbst eine stabile Haltung haben und deswegen mit menschverachtendem Gegenwind und rechten Einschüchterungsversuchen ihren Umgang finden. Ohne das hohe persönliche, politische Engagement ist diese fachliche Arbeit nicht zu haben.

20 Jahre Netzwerkstellen – eine Erfolgsgeschichte?

Die Netzwerkstellen entstanden 2002 nicht im luftleeren Raum. Es gab lokale Strukturen in den »Kämpfen gegen Rechts«, wie Initiativen, antifaschistische Gruppen, Kirchen, Migrant*innenorganisationen, Einzelpersonen, Jugendzentren und viele mehr, an deren Wissen sowie Erfahrungen angeknüpft werden konnte. Mit Hilfe der Ressourcen der Netzwerkstellen konnte vielerorts Engagement gebün-

delt, weiterentwickelt und professionalisiert werden.

Extrem rechte Vorfälle sichtbar machen

In Pankow entstanden aus ihnen heraus 2005 die Berliner Registerstellen, die diskriminierende und extrem rechte Vorfälle dokumentieren und mittlerweile in allen Berliner Bezirken arbeiten. Um das Problem Rechtsextremismus zu beschreiben, wurden zu Beginn der 2000er Jahre lediglich Kriminalstatistiken und Verfassungsschutzberichte herangezogen. Das führte dazu, dass die Schilderungen von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt sowie von Engagierten vor Ort mit den Argumenten weggewischt wurden, es gebe so gut wie keine Anzeigen, es handele sich um durchreisende Straftäter oder in dem Stadtteil gebe es gar keine rechte Kameradschaft. Dass extrem rechte Plakate und Schmierereien, das Abfotografieren von Bündnissitzungen durch Nazis oder rassistische Pöbeleien wesentlich das Klima im Kiez prägen, auch wenn sie meist nicht angezeigt werden, musste sichtbar gemacht und dokumentiert werden. Aus engagierten Akteur*innen vor Ort entstand eine Struktur, die heute gemeinsam mit berlinweiten Fachprojekten (RIAS, ReachOut, Amaro Foro, EOTO etc.) bis in die Kieze hinein die Problemlage mit menschenverachtenden Erscheinungsformen in Berlin professionell und zuverlässig beschreiben kann.

In den Kiezen, auf der kommunalen Ebene, finden nach wie vor die wesentlichen Auseinandersetzungen mit der extremen Rechten und menschenverachtenden Einstellungen statt. Das ist in Ostberlin nicht anders als in Schwerin oder Dortmund-Dorstfeld. Diese kommunale Auseinandersetzung ist so wichtig, weil gerade hier Räume für progressive, menschenrechtsorientierte Entwicklungen entstehen oder verteidigt werden. Die Kehrseite davon sind Bedrohungen, Angriffe und Einschüchterungsversuche durch rechte Akteure die heute sichtbarer gemacht werden können als vor 20 Jahren. Aber sie sind auch nach wie vor Alltag für die Kolleg*innen in den Netzwerkstellen sowie

Engagierte vor Ort. Die Aktionsformen gehen von Sachbeschädigungen wie verklebten Türschlössern oder Hakenkreuzen am interkulturellen Treff bis hin zu körperlichen Angriffen von rechten Aktivist*innen gegen Veranstaltungen oder Stadtteulfeste. Die stets präsente Möglichkeit einer solchen Bedrohung findet Eingang in den (Arbeits-)Alltag der Menschen, wenn beispielsweise nach Bündnissitzungen organisiert wird, wie alle sicher nach Hause kommen oder wenn Kolleg*innen sich auf rechten Feindeslisten wiederfinden und sich fragen müssen, wie sie sich und ihr Lebensumfeld gegen Gewalt schützen können.

2006 zog die NPD in die Bezirksverordnetenversammlungen in Ostberlin ein und erweiterte ihr Bedrohungsszenario von der Straße um die parlamentarische Ebene. Inzwischen versucht die AfD beständig unsere Arbeit zu diskreditieren, u.a. weil wir als staatlich geförderte Projekte unsere Neutralitätspflicht verletzen würden, wenn wir auf Webseiten schreiben, dass wir »Rechtsextremismus etwas entgegensetzen«. Träger und Mitarbeitende werden in BVV-Redebeiträgen sowie Anfragen im Abgeordnetenhaus als vermeintliche »Linksaktivisten« diffamiert. Oder es werden Unterlassungsaufforderungen verschickt, weil in Publikationen Äußerungen der Partei als rassistisch oder extrem rechts markiert werden.¹

Rechten die Räume nehmen

Durch die Zusammenarbeit von Netzwerkstellen mit lokalen Bündnissen entstanden zahlreiche Aktionen mit dem Ziel, den öffentlichen Raum demokratisch zu besetzen. So findet in diesem Jahr zum 17. Mal das Fest für Demokratie am S-Bahnhof Schöneweide statt sowie zum 14. Mal das »Schöner leben ohne Nazis«-Festival in Hellersdorf. In ihrem Ursprung sind dies mitnichten nur nette Stadtteulfeste, sondern der Versuch, Angsträume zumindest für einen Tag zurückzudrängen. Bis heute sind sie wesentliche Identifikationspunkte und Netzwerktreffen für die Akteur*innen vor Ort.

Wie sehr dieses Engagement einen langen Atem braucht, zeigt die Auseinander-



Kundgebung gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus am Bahnhof Lichtenberg. Foto: Licht-Blicke.

setzung mit extrem rechter Infrastruktur, seien es Kneipen, Vereinsräume oder Geschäfte. Durch zivilgesellschaftlichen Protest konnten Kneipen wie der »Henker« in Schöneweide oder die »Thor Steinar«-Läden in Friedrichshain, Pankow oder Mitte nicht unwidersprochen ihren Geschäften nachgehen oder als berlinweite Neonazi-Treffpunkte fungieren. Als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung haben die Netzwerkstellen, oft gemeinsam mit der MBR Berlin, den Druck auf extrem rechte Infrastruktur auf mehreren Ebenen erhöht. Es macht eben einen Unterschied, ob die Bezirksbürgermeisterin den Vermieter bei seiner Klage gegen den extrem rechten Verein unterstützt oder nicht.

Mit Blick zurück nach vorn

Über Jahre stand die Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteuren im Fokus der Netzwerkstellenarbeit in Ostberlin. Die Diskurse und Auseinandersetzungslinien, an denen eine diverse »Gesellschaft der Vielen« gegen reaktionäre oder rechte Bestrebungen in Stellung gebracht werden muss, haben sich verschoben in den letzten 20 Jahren. Die Netzwerkstellen haben große gesellschaftspolitische Aushandlungsprozesse auf die lokale Ebene übersetzt und vorangebracht. Das ist ihre Stärke, auch wenn sie dabei immer im Span-

nungsfeld zwischen politischem Akteur und fachlicher Begleitung lokaler Strukturen stehen.

Durch die lokale Verankerung sowie die Kontinuität der Arbeit – im Netzwerk, zusammen mit vielen – haben sie vertrauensvolle Strukturen geschaffen, die es ermöglichen, Missstände zu benennen und Menschen zu empowern sich gegen menschenverachtende Erscheinungen in ihrem Lebensumfeld stark zu machen. Die Netzwerkstellen hatten und haben einen wesentlichen Anteil daran, wenn Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung ineinandergreifen. Wenn Verwaltung antifaschistisches Engagement wertschätzt und Politik das Wissen von Betroffenen rechter Gewalt ernst nimmt, dann können demokratische Handlungsstrategien und Räume entstehen mit denen auch die Auseinandersetzung mit extrem rechter Infrastruktur gelingen kann. Diese lokalen Netzwerke lösen nicht alles. Sie sind aber ein wichtiges Fundament und die Basis zur Aushandlung aktueller Diskurse um Weißsein und Rassismus oder den Forderungen nach Gleichberechtigung vieler gesellschaftlicher Gruppen. Es wird auch in den nächsten Jahren noch viel zu Netzwerken geben. •

¹ Vgl. Annika Eckel: Neutral bekommt ihr nicht, in: monitor Nr.85.





19. Oktober 1992 – Rostock: Von der Organisation FFDJF (Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich) angebrachte Gedenktafel in Solidarität mit Überlebenden des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen. Foto: Hans-Hubertus Brumberg, Quelle: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 20.10.1992.

Ver/sammeln antirassistischer Kämpfe

Es war nicht das erste Mal in der postkolonialen Geschichte Europas, dass Archive vernichtet oder versteckt wurden, die den ehemaligen kolonialen Subjekten den Zugang zu Rechtsansprüchen eröffnet hätten. So gestand die britische Regierung 2013 ein, dass beim Rückzug aus Kenia 1963 umfangreiche Aktenbestände der Kolonialverwaltung in Geheimarchiven eingelagert worden waren. Insbesondere handelte es sich dabei um Akten, die die exzessive Gewaltanwendung im Zuge der Niederschlagung der Mau-Mau-Revolution dokumentierten. Erst durch ein transnationales Bündnis von NGOs, Rechtsanwält:innen und Historiker:innen war es gelungen, ein Eingeständnis der Existenz des Archives zu erzwingen und Entschädigungen für mehr als 5000 kenianische Staatsbürger:innen durchzusetzen.

Von Natalie Bayer, Sabine Hess und Vassilis Tsianos für das Projekt »Ver/sammeln«

Die Rettung von Archiven, von verschütteten und aktiv vergessenen gemachten Geschichten, ist eminent politisch. Auch die deutsche Geschichte zeichnet sich bislang durch einen doppelten rassistischen Ausschluss aus: von Leben, die im nationalen Leitnarrativ bis heute als nicht-zugehörig markiert werden, sowie der Geschichte(n) und Stimmen, die über diesen Ausschluss Zeugenschaft ablegen (könnten). Unter dem Motto »Ver/sammeln Antirassistischer Kämpfe« haben wir – eine Kooperation aus Wissenschaft, Kulturbetrieb und Aktivismus – vor einem Jahr angefangen, die reichhaltige(n) Geschichte(n) des Widerstands gegen Rassismus und Antisemitismus in Ost- und Westdeutschland aufzusuchen, gemeinsam zu erinnern und zu archivieren.

Dabei verstehen wir das Sammeln und Zusammentragen von Geschichten zu einem gemeinsamen Tableau antirassistischer Kämpfe

selbst als antirassistischen Akt. Dieser bricht nicht nur mit den Politiken des Beschweigens, Bagatellisierens und Entnennens von Rassismen, welche die deutsche Debatte so zentral kennzeichnen (siehe Umgang mit dem NSU, Hanau etc.); er bricht auch mit einer weiteren zentralen produktiven Macht rassistischer Artikulationen: der Differenzierung und Hierarchisierung in vermeintlich unterschiedlich gelagerte Gruppen. Wenn sich Überlebenden-Communitys und Hinterbliebene rassistischer Gewalt das Recht zum öffentlichen Erinnern nehmen, ist dies in diesem Sinne ein radikaler Ausdruck antirassistischer Handlungsfähigkeit.

Doch die erinnerungspolitische Schwierigkeit der geteilten Erinnerung antirassistischer Kämpfe hat System. So zeigt David Theo Goldberg (2009), dass Rassismen der Gegenwart nicht nur dominanzkulturelle Formate des »Anders-Machens« institutionalisieren. Viel-

mehr geht mit der Kultur des Silencings von Rassismus auch eine Verleumdung antirassistischer Kämpfe einher; so kann es nicht nur keine Zeugenschaft für etwas geben, was nicht benannt und als skandalöses Unrecht verstanden wird; vielmehr werden auch die Allianzen derer geleugnet, die Rassismus erfahren, und ihn damit als systemisches gesellschaftliches-strukturelles Unrecht qualifizieren können; die Erfahrungen und Kämpfe werden auseinandergebracht, welche als Widerstand gegen Rassismus zusammengehören und seine Totalität bezeichnen könnten.

Vergangene Kämpfe

Im Rahmen des Projekts »Ver/sammeln Antirassistischer Kämpfe« schwärmten wir im letzten Jahr aus und suchten quer durch die Zeiten in Ost- und Westdeutschland einzelne Personen, Bewegungen und Gruppen auf, um mit ihnen über ihre Widerstandsgeschichte(n) sowie Arten und Weisen des Erinnerns zu diskutieren, die es erlauben, diese für heutige Kämpfe zu aktivieren. Dabei war unser Ausschwärmen von Anfang an durch ein multiperspektivisches Vorgehen geprägt, welches die Vielheit der Erfahrungen mit Rassismus und Antisemitismus und damit auch der Kämpfe angesichts der deutschen und europäischen Geschichten der gewaltvollen Produktionen von »Anderen« anerkennt. Auch wenn die Erfahrung von Konflikten, Brüchen und mangelnder Solidarität oftmals die Erzählungen von Bewegungsgeschichten kennzeichnet, haben wir den Blick auf Momente des Zusammenkommens gelegt.

Im Sinne einer Co-Artikulation von Geschichten haben wir sehr diverse Erinnerungssplitter zusammengetragen, die von unterschiedlichsten Betroffenheiten, Schmerzen, Ausschlüssen und Hierarchisierungen berichten, aber auch von der Zärtlichkeit der gegenseitigen Anteilnahme und teils unerwarteter Solidaritäten; teils wurden uns auch Tüten voller Geschichten in Form von Flyern, Fotos und Erinnerungen an Demonstrationen, Besetzungen, Hungerstreiks und ungeahnte Allianzen vorbeigebracht. Im Rahmen von Workshops haben wir zudem bereits existierende Erinnerungs- und Archivierungsinitiativen im In- und Ausland – von denen es mehr gibt, als wir auf den ersten Blick erahnten – kennengelernt und gemeinsam diskutiert, wie eine derartige Archivierung antirassistischer Kämpfe aussehen könnte. Dabei ging es uns wiederum von Anfang an darum, die Erfahrungen und Zeugnisse nicht irgendwo als tote Erinnerung abzulegen, sondern eine Infrastruktur zu entwickeln, die es erlaubt, diese wachzuhalten, bereitzustellen für gemeinsame Diskussionen und notwendige Versuche eines anderen antirassistischen Morgens. Wie lässt sich also ein Archiv antirassistischer Kämpfe antirassistisch und im Sinne einer ermöglichenden und demokratischen Infrastruktur bauen, die das Recht auf eigene Geschichte, die Schmerzen, wie die spaßvollen und empowernden Momente genauso wie die ganzen Auseinandersetzungen, Brüche und Abbrüche, möglich macht zu thematisieren.

Als einen ersten Schritt hierfür haben wir für drei Tage (19.-21.5.2022) zu einem offenen Archiv im Sinne einer Assembly antirassistischer Kämpfe ins Theater Hebbel am Ufer (HAU) wie auch einer Archiv-Ausstellung ins Friedrichshain-Kreuzberg-Museum (FHXB-Museum) in Berlin geladen. In Form von elf Workshops, Podiumsdiskussionen und einem offenen begehbaren Archiv in den Gängen und Rängen des Theaters haben wir die Geschichte(n) des feministischen Antirassismus, des jüdischen Aktivismus und Widerstands gegen Antisemitismus, der Kämpfe in der DDR und Ostdeutschlands, von Geflüchteten, von Rom:nja und Sinti:zze, gegen Racial Profiling und Verdrängung, um würdiges Erinnern und das Recht auf Geschichte mit zahlreichen Gruppen, Initiativen, Hinterbliebenen, Angehörigen und Betroffenen rassistischer Gewalt auf die Bühne gebracht. Wir haben uns mit den Dynamiken, Konjunkturen und Bedingungen antirassistischer Proteste, Gegenwehr und Organisation beschäftigt, Gemeinsamkeiten erfahren und Konfliktpunkte und Brüche diskutiert und uns gefragt, wie all dieses versammelte Wissen in Form lebendiger Körper und Erfahrungen, wie auch in Form von Unmengen Materialien archiviert und die aus all dem sprechende Aufforderung, es für zukünftige Generationen und Kämpfe zu re-aktivieren, bewerkstelligt werden kann.

Antirassistische Zukünfte

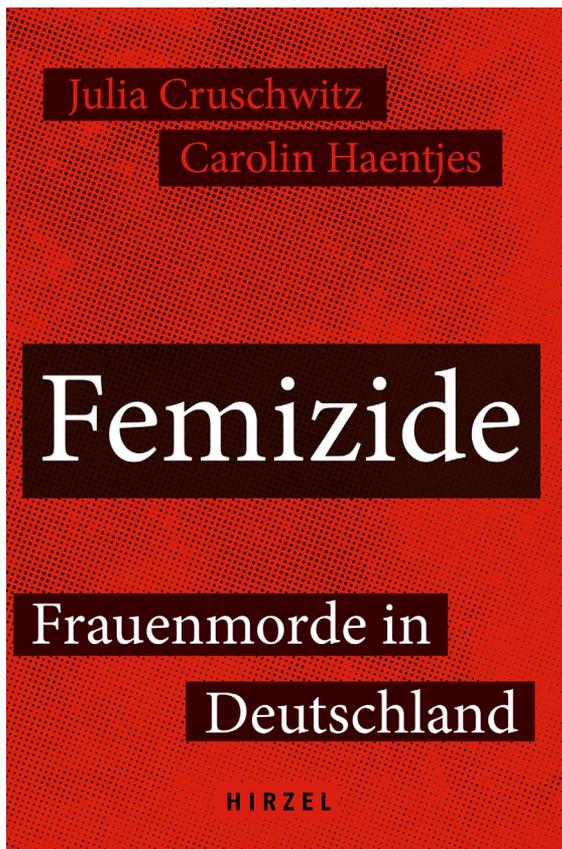
Einen temporären Versuch, wie ein Archiv antirassistischer Kämpfe ausschauen und sich anfühlen könnte, haben wir mit der Installation des »Offenen Archivs als Debattenraum« im FHXB-Museum unternommen. Im FHXB-Museum ist für die nächsten Monate ein offenes Archiv mit den ersten Ergebnissen des Sammelprozesses entstanden. Das Kernstück dieses Raumes bilden Regale mit vielen Boxen, in der Mitte des Raumes steht ein großer runder Tisch zum Ver/sammeln und um mit den Materialien zu arbeiten. Einige der Boxen enthalten das bisher gesammelte Material. Ein Großteil der Boxen ist aber noch

nicht gefüllt – sie verdeutlichen die Leerstellen des Wissens über Antirassismus. Sie stehen aber auch bereit, um sie im Laufe der Zeit mit weiteren Materialien und Geschichten antirassistischer Kämpfe zu ergänzen und sind als Aufforderung zu verstehen, eigene Erinnerungen an antirassistische Kämpfe und Widerständigkeiten einzubringen. In Veranstaltungen und Workshops werden wir fortan in das offene Archiv als Debattenraum dazu einladen, eigene Bilder, Poster, Flugschriften, Unterlagen, Zeitschriften und dergleichen mitzubringen und ins Archiv einzuspeisen. Nur in gemeinsamer Arbeit können wir das Wissen über antirassistische Kämpfe vergrößern und herrschende Geschichtserzählungen herausfordern.

Das offene Archiv lädt alle ein, sich am Aufbau von »Versammeln antirassistischer Kämpfe« zu beteiligen und Teil des Netzwerks zu werden. Kontaktieren Sie uns gerne im Museum und digital unter: www.versammeln-antirassismus.org. •

“ Dabei ging es uns wiederum von Anfang an darum, die Erfahrungen und Zeugnisse nicht irgendwo als tote Erinnerung abzulegen, sondern eine Infrastruktur zu entwickeln, die es erlaubt, diese wachzuhalten. ”





Wenn Männer Frauen* töten, weil sie Frauen* sind

Von Kilian Behrens

Femizide

Frauenmorde in

Deutschland

HIRZEL

Julia Cruschwitz / Carolin Haentjes: Femizide. Frauenmorde in Deutschland, S. Hirzel Verlag 2022, 18 €.

2020 wurden in Deutschland 139 Frauen* von ihren (Ex-)Partnern getötet. Statistisch bedeutet dies jeden dritten Tag einen Mord. Die Anzahl der Tötungsversuche liegt mit einem alle zwei Tage noch höher. Dennoch werden Morde an Frauen* weiterhin regelmäßig als »Familien-« oder »Eifersuchtsdramen« verharmlost, entpolitisiert und den Opfern eine Mitschuld unterstellt. Die Journalistinnen Julia Cruschwitz und Carolin Haentjes zeigen in ihrem Buch eindrücklich das Ausmaß von Beziehungstötungen in Deutschland auf. Dabei handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, zu dessen Lösung sie mehr politischen Willen einfordern.

Das Wort Femizid bezeichnet die Tötung von Frauen*, weil sie Frauen* sind. Hintergrund sind patriarchale Machtverhältnisse und ein Besitzdenken von Männern über Frauen* und ihr Leben. Eine entsprechende juristische Definition fehlt in Deutschland bislang. Insgesamt ist der Begriff sehr breit, was teilweise zu Kritik

führt, und umfasst u.a. auch Morde an Frauen* und Mädchen* in Namen von »Ehre«, deren gezielte Tötung in Kriegen oder im Rahmen von organisierter Kriminalität sowie aufgrund von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung. Die Autorinnen widmen sich der in Deutschland häufigsten Form, den Trennungstötungen. Mehr als die Hälfte der hierzulande getöteten Frauen* hatte zuvor eine partnerschaftliche Beziehung zum Tatverdächtigen. Die Autorinnen fordern ein stärkeres Problembewusstsein und politischen Gestaltungswillen, um an dieser Situation etwas zu ändern. Dafür sei der Begriff gut geeignet. Er bedeute »eine Haltung einzunehmen, die [...] eigentlich selbstverständlich sein sollte: Frauen haben grundsätzlich ein Recht darauf, selbst über ihr Leben zu entscheiden[.]« (S. 15)

Wie Femizide deutlich besser verhindert werden könnten, legen die Autorinnen ebenfalls dar. Häufig fehle es auf behördlicher Ebene an Kenntnissen geschlechtsspezifischer Gewalt. Dabei existieren Werkzeuge zur Femizid-Prävention und Gefahren einschätzung wie der »Ontario-Domestic-Assault-Risk-Assessment«-Fragebogen (ODARA) bereits seit Ende der 1990er-Jahre. Doch selbst wenn Informationen über eine gewalttätige Vergangenheit der Täter vorliegen, tauschen die beteiligten Stellen diese oft nicht untereinander aus. Lediglich ein Viertel der Bundesländer verfügt aktuell über ein systematisiertes Hochrisikomanagement, so die Recherche.

Positiv bewerteten die Autorinnen das Modell in Rheinland-Pfalz. Hier müssen Beamt*innen nach entsprechenden Einsätzen verpflichtend den ODARA-Fragenkatalog beantworten. Ab einer gewissen Punktzahl wird von Hochrisikofällen gesprochen. In der Folge kommt es zu Konferenzen aller beteiligten Stellen (z.B. Polizei, Jugendamt, sozialpsychiatrischer Dienst), häufig unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen wie etwa Frauen*berat-

ungsstellen. Auch diese können Treffen einberufen, selbst wenn es (noch) nicht zu einer Straftat kam. Das System stellt sicher, dass Expertisen zusammengeführt werden, um die Gefährdungslage umfassend einschätzen zu können.

Als weiteres drängendes Problem beschreibt das Buch die chronische Unterfinanzierung von Frauenhäusern. Bei der Menge der angebotenen Plätze werden internationale Standards unterlaufen, wie sie in der Istanbul-Konvention festgelegt sind. In der Regel sind die Anlaufstellen überfüllt oder kilometerweit entfernt. Für geflüchtete Frauen* brauche es spezielle Hilfsangebote. Teil der Präventionsmaßnahmen sollte zudem die Täterarbeit sein, denn ohne Umdenken werden diese nach abgeleiteter Strafe sehr wahrscheinlich erneut gewalttätig.

Im Familienrecht weisen die Autorinnen ebenfalls auf Handlungsbedarf hin. So stehe bei Umgangsverfahren seitens der Gerichte meist eine gütliche Einigung im Fokus. Dies gehe jedoch häufig zu Lasten des Gewaltschutzes von Müttern* und Kindern, wie die Journalistinnen zeigen. Durch die erlebte Gewalt werden Kinder ebenfalls stark traumatisiert und bisweilen selbst zu Mordopfern, weil die in ihrem patriarchalen Besitzdenken verhafteten Täter so ihre Ex-Partnerin* bestrafen wollen. Die Stärke des Buchs besteht darin, dass es die Perspektiven von Überlebenden, Zeug*innen und Angehörigen sowie Wissenschaftler*innen, Polizist*innen, Anwält*innen aber auch Aktivist*innen zusammenbringt. Cruschwitz und Haentjes geben den Leser*innen einen gut strukturierten Überblick der verschiedenen Ebenen an die Hand, auf denen es anzusetzen gilt. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zu einer drängenden Debatte. Diese braucht deutlich mehr Aufmerksamkeit, nicht zuletzt auch von Männern, die das Thema noch viel zu oft ignorieren. •

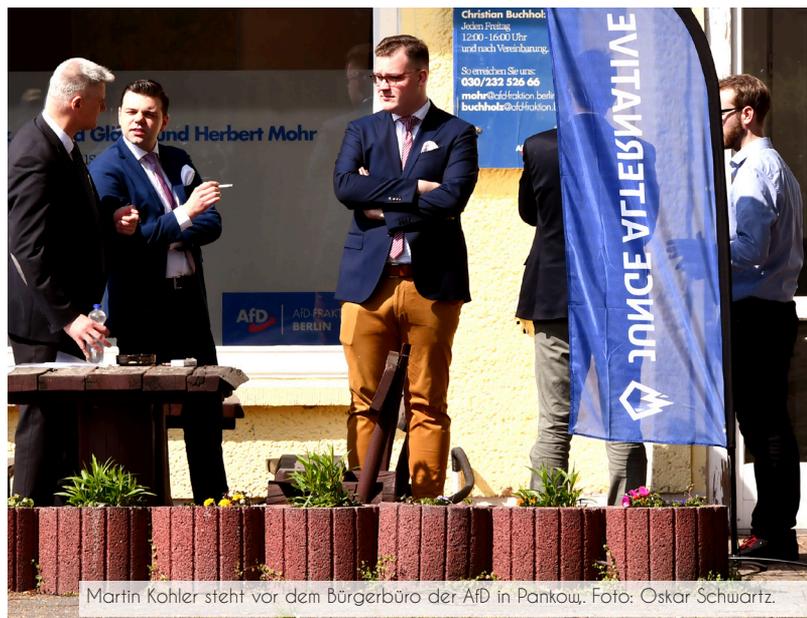
Terrorgefahr von der NPD in Berlin

Berlin / Bundesweit • Mit einer bundesweiten Razzia ging am 6. April der Generalbundesanwalt gegen die neonazistische Szene vor. Ermittelt wird gegen insgesamt fünfzig Beschuldigte in einem Komplex aus vier Strukturen: gegen die Atomwaffendivision Deutschland (AWD), Combat 18-Nachfolgestrukturen, Knockout 51 und Sonderkommando 1418. In Eisenach (Thüringen) wurden dabei die vier einzigen Haftbefehle gegen Mitglieder von Knockout 51 vollstreckt.

Auch in Berlin waren zwei bekannte Personen aus der militanten Naziszene Ziel der Maßnahmen. Bei Maurice P. wurden in Rudow und Mitte Räume durchsucht. Ihm wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Zurzeit steht P. wegen eines vermutlich rassistisch motivierten Messerangriffes vor Gericht. Erst im Mai wurde durch einen Bericht der »Zeit« bekannt, dass auch das NPD-Mitglied Oliver Niedrich Ziel der Ermittlungen ist. Niedrich, stellvertretender Landesvorsitzender der Partei, sei ebenfalls der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt. Er soll zusammen mit Maurice P. sowie Robin-Oliver B. für die »Schutzzone«-Kampagne, dem Versuch, eine militante rechte Bürgerwehr aus den Reihen der NPD aufzubauen, verantwortlich gewesen sein. Antifaschistische Recherchegruppen hatten bereits 2019 darüber berichtet. Die beiden Neuköllner tauchen seit Jahren zusammen auf einschlägigen Nazi-Aufmärschen und bei Veranstaltungen, auch als Ordner, auf. Die weitgehend erfolglose Kampagne war bis hin zum aktuellen Bundesvorsitzenden Frank Franz von der NPD unterstützt worden. (uj)

Junge Alternative Berlin wählt neuen Vorstand

Berlin • Die Junge Alternative (JA) Berlin hat Anfang Mai auf ihrem Landeskongress in Pankow einen neuen Vorstand gewählt. Der seit 2019 amtierende Vorsitzende, Vadim Derksen, trat nicht zur Wiederwahl an. Sein Amt übernimmt Martin Kohler, der erstmals 2020 als stellvertretender Landesvorsitzender in Berlin in



Martin Kohler steht vor dem Bürgerbüro der AfD in Pankow. Foto: Oskar Schwartz.

Erscheinung trat. Zuvor hatte er die JA Brandenburg mit aufgebaut, wo er an Veranstaltungen mit Andreas Kalbitz und Björn Höcke teilnahm. Kohler ist mutmaßliches Mitglied der extrem rechten Burschenschaft Gothia, benutzt Hashtags wie #Kulturkampf und #altright und verkündete seine Solidarität mit dem Verlag Antaios, als dieser vom Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt wurde.

Unter Kohlers Vorsitz ist eine Intensivierung der Kontakte zur JA Brandenburg und Thüringen zu erwarten. Dies zeichnete sich bereits im April bei der »Akademie der Jungen Alternative Berlin und der Junge Alternative Thüringen« in Erfurt ab. Kohler ist aber auch an länderübergreifenden Allianzen interessiert: So traf er sich unter anderem mit Nigel Farage (Britain First, UK) und Tom Vandendriessche vom Vlaams Belang (Belgien). Kohler will außerdem verstärkt um Mitglieder und Gelder werben. Wie viel Erfolg der neue Vorstand damit haben wird, bleibt abzuwarten. (pz)

Archiv en détail: Der III. Weg

Vor gut neun Jahren, im September 2013, gründeten Neonazis in Heidelberg die Kleinstpartei »Der III. Weg«. Bei Wahlergebnissen spielt sie keine nennenswerte Rolle. Vielmehr wird deutlich, wie Neonazis das Parteienprivileg nutzen, um eigene Strukturen abzusichern. So gilt »Der III. Weg« als Nachfolgestruktur des 2014 verbotenen »Freien Netz Süd«. Das Aktionsgebiet erstreckt sich neben dem süddeutschen Raum nun auch nach Ostdeutschland und Rheinland-Pfalz.

Theoriearbeit ist nicht die Stärke der Partei. Dies äußert sich neben eines gerade einmal zehn Punkte umfassenden Partei-

programms, welches u.a. die »Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes« fordert, vor allem in der geringen Zahl an Veröffentlichungen. Unsere Sammlung umfasst, neben Flugblättern und kleinformatischen Aufklebern, die wenigen ausführlicheren Schriften der Partei. Dazu gehören die Titel »Der Nationalrevolutionär. Handbuch für Aktivisten unserer Bewegung«, »Rebellische Herzen«, »Nationalismus & Digitalisierung«, »Theorie und Aktion. Kaderblatt des evolutionären Nationalismus« sowie sogenannte Leitfäden gegen »staatliche Anquatschversuche« und die Einrichtung von Geflüchtetenunter-

künften. Foto- und Audiodokumentationen diverser Demonstrationen des »III. Weges« gewähren Einblicke in die neonationalsozialistische Bildsprache der Partei und beleuchten zudem die oft unverhohlenen Drohungen gegen politische Gegner*innen. Anhand der gesammelten Veröffentlichungen der Bundeswahlleitung lassen sich außerdem Personalwechsel auf Vorstandsebene nachzeichnen. Wichtige Hintergrundrecherchen zu den Gefahren, die von der Partei ausgehen, liefern wiederholt antifaschistische Initiativen. Auch diese können im apabiz eingesehen werden. (kb)

- **Benjamin Derin & Tobias Singelstein: Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation, Econ, Berlin 2022.**

Rechtsanwalt Benjamin Derin und Kriminologieprofessor Tobias Singelstein zeichnen in ihrem umfangreichen Übersichtswerk »Die Polizei« ein komplexes Bild einer »fundamental ambivalenten Organisation«. Die Autoren greifen ebenso aktuelle Debatten um Racial Profiling und rechte Chatgruppen als auch das Alltagsverständnis der Leser*innen auf, um anschaulich die Funktion der Polizei innerhalb der Gesellschaft, deren Innenleben, deren Probleme – Gewalt, Rassismus und die (fehlende) Fehlerkultur – sowie die Entwicklungen der letzten Jahre zu illustrieren. Dabei ist das Buch nicht nur eine gut zu lesende Beschreibung des Ist-Zustandes, sondern fragt auch danach, wie Polizeiarbeit in Zukunft aussehen kann. Der Abschnitt »Defund and Abolish« wird Leser*innen ebenso interessieren wie die Kapitel zu Rassismus und Rechtsextremismus. (sb)

- **Valérie Dubslaff: Deutschland ist auch Frauensache. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964-2020, De Gruyter, Oldenbourg, Berlin / Boston 2022.**

Trotz der Vielzahl von Veröffentlichungen zum breiten Thema »Frauen und Rechtsextremismus« blieb die Zeit von Frauen in der NPD bis zur Wiedervereinigung weitestgehend unberücksichtigt. Diese Lücke schloss die französische Autorin Valérie Dubslaff durch ihre Dissertation, die jetzt auch als Übersetzung vorliegt. Bei ihren Recherchen

konnte sie u.a. auf die Archivbestände des apabiz zurückgreifen. Dubslaff zeichnet ausführlich die Bedeutung von NPD-Frauen als Funktionärinnen und Mandatsträgerinnen bis hin zur innerparteilicher Organisation nach. Dabei werden die parteipolitischen Entwicklungen innerhalb der NPD lesenswert in den Kontext der Entwicklungen in der (west)deutschen Gesellschaft gesetzt. Auch wenn der aktuelle Teil im Vergleich zur Frühphase nicht so stark überzeugt, ist das Buch eine sinnvolle Ergänzung der Fachliteratur zum Schwerpunktthema und zur NPD allgemein. (ps)

- **zweiteroktober90: Die Gewalt der Vereinigung, Selbstverlag 2021.**

Vom 2. auf den 3. Oktober 1990 kam es in Deutschland zu massiver rechter Gewalt gegen Migrant*innen, Vertragsarbeiter*innen und Linke. Viele der Fälle wurden vergessen bzw. im Zuge der nationalistischen Erfolgserzählung vergessen gemacht. Dem setzt die Veröffentlichung Berichte von Zeitzeug*innen entgegen, welche detailliert ihre Erfahrungen schildern. Zudem kritisieren die Autor*innen den Ausschluss von Erinnerungen marginalisierter Gruppen aus dem öffentlichen Diskurs. Beiträge zum antisemitischen Doppelmord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen 1980 oder den Tod von Delfin Guerra und Raúl Gracia Paret nach einer rassistischen Hetzjagd 1979 in Merseburg verweisen auf die Kontinuitäten rechter Gewalt sowie deren mangelhafte Aufklärung in beiden deutschen Staaten bereits vor 1990. Die Broschüre kann kostenlos unter zweiteroktober90.de bestellt werden. (kb)

Der Kampf gegen rechts ist nicht umsonst. Unterstütze uns **#AufDauer** mit einem monatlichen Beitrag!

APABIZ
XXX JAHRE
AUF
DAUER
GEGEN
RECHTS



auf-dauer.apabiz.de



monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
v.i.s.d.p.: c. schulze
fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bank für sozialwirtschaft

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

Nicht gleich alles in die Tonne hauen!

Das apabiz sammelt, analysiert und archiviert rechte Publikationen. Ihr könnt sie uns vorbeibringen, sie uns als Scan oder Foto mailen oder mit der Post schicken.

